

Freiheit und Sicherheit durch einen starken Staat

Beschluss des Bundesvorstandes der CDU vom 13./14. Januar 2017

Jeder Mensch hat ein Recht auf Sicherheit. Nur wer sicher ist, kann in Freiheit leben.

Deshalb ist es die Pflicht unseres Staates, die Menschen in Deutschland zu schützen und Sicherheit in Freiheit zu gewährleisten. Nur die Union gibt die notwendigen Antworten des Rechtsstaates auf die erhöhte Bedrohungslage. Die CDU ist und bleibt die Partei der Inneren Sicherheit.

- **Gegen Terrorismus und Islamismus.** Der islamistische Terrorismus bedroht uns alle. Wir werden nicht hinnehmen, dass sich gewaltbereite Islamisten in unserem Land frei bewegen. Ausreisepflichtige Gefährder müssen unser Land verlassen. Wir wollen auch, dass Sympathiewerbung für kriminelle und terroristische Vereinigungen wieder strafbar ist. Das Gesetz hatte Rot-Grün abgeschafft.
- **Für konsequente Abschiebungen.** Asylanträge aus Tunesien, Marokko und Algerien sind fast immer aussichtslos. Deshalb wollen wir auch diese Länder als sichere Herkunftsstaaten einordnen. Hier müssen sich SPD und Grüne bewegen.
- **Für Sicherheit zu Hause und unterwegs:** Sicherheit beginnt an der Haustür. Das Risiko, Opfer von Einbrüchen zu werden, liegt in NRW um zwei Drittel über dem Durchschnitt. SPD und Grüne lehnen Schleierfahndung gegen Einbrecherbanden und zusätzliche Videokameras für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum aber ab.
- **Für einen starken Staat.** Wir wollen Polizei und Sicherheitsbehörden noch besser in die Lage versetzen, auf neue Herausforderungen zu reagieren. Die CDU steht für eine effektive und leistungsstarke Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern.
- **Für ein starkes Europa.** Wir drängen darauf, dass die Staaten Europas für mehr Sicherheit enger zusammenarbeiten. Wir wollen eine Sicherheitsunion voranbringen. Und wir wollen den Datenaustausch zwischen den EU-Staaten deutlich verbessern.

Mehr unter: www.cdu.de

